

Besoldungsreform-Umsetzung: Gespräche I

Der Kampf um eine akzeptable Umsetzung der Besoldungsreform im Land ist in eine neue Runde gegangen. **vhw** und **hfb** fechten bei allen sich bietenden Gelegenheiten gemeinsam um erträgliche Lösungen bei den drohenden massiven Problemen für die Professorinnen und Professoren der Fachhochschulen im Land. **vhw**-Landesvorsitzender Lerchenmüller, weitere Mitglieder des **vhw**-Landesvorstands und Vertreter des **hfb**-Vorstands führten dazu zahlreiche Gespräche und nahmen an verschiedenen Veranstaltungen teil. Hier in Kürze die wichtigsten Ergebnisse aus den letzten Wochen:

Ernst Pfister MdL, FDP-Fraktionsvorsitzender - Die Kostenneutralität sei „politisch vom Tisch“; dieser Auffassung sei auch das Finanzministerium. Der Haushaltsvorbehalt bezüglich der jährlich zweiprozentigen Erhöhung des Vergaberahmens über fünf Jahre hinweg erkläre sich aus der momentanen Haushaltssituation. Pfister zeigt sich aufgeschlossen für eine zumindest übergangsweise Lockerung des Hausberufungsverbots für Berufungsverfahren nach W3. Die **vhw/hfb**-Forderung nach sinnvollen Übergangsregelungen für C2-Kolleginnen und -Kollegen findet seine Zustimmung.

Theresia Bauer MdL, wissenschaftspol. Sprecherin der Grünen, hält angesichts der Haushaltslage jeden Einsatz für eine Erhöhung des Vergaberahmens „für verschwendet“. Befürwortet wird von ihr ein hohes Maß an Flexibilität für die Hochschulen, mit der noch am ehesten negative Konsequenzen der Reform abgefangen werden könnten. Im Einklang mit den **vhw/hfb**-Positionen wird Frau Bauer Versuche unterstützen, akzeptable Übergangsregelungen zu verwirklichen.

Carla Bregenzer MdL, wissenschaftspol. Arbeitskreis der SPD - Eine Erhöhung des Vergaberahmens halten Frau Bregenzer und der wissenschaftspolitische Arbeitskreis (AK VIII) der SPD für eher unwahrscheinlich. Die Warnungen von **vhw** und **hfb** vor Frustration, Demotivierung und Konflikthäufung an den Fachhochschulen werden als realistisch akzeptiert. Die Unterstützung der SPD für Übergangsregelungen für C2-Professorinnen und Professoren, mit denen eine Absicherung des bei der Berufung zu erwartenden Lebenseinkommens erreicht werden kann, wird in Aussicht gestellt.

Werner Pfisterer MdL und weitere Mitglieder des wissenschaftspol. Arbeitskreises der CDU - Es bestehe zur Zeit keine Hoffnung auf eine Erhöhung des Vergaberahmens. Die Entscheidungen zur Umsetzung der Besoldungsreform werden schwerpunktmäßig bei den Hochschulen liegen müssen. Unterstützt wird darauf bezogen eine hohe Flexibilität, mit der auch versucht werden solle, die als notwendig akzeptierte faire Übergangsregelung für die C2-Professorinnen und -Professoren zu realisieren. Von **vhw** und **hfb** vorzuschlagende Lösungswege werden unterstützt, soweit sie kostenneutral sind. Eine zeitlich befristete Lockerung des Hausberufungsverbots zur Lösung von Härtesituationen wird als mögliche Alternative gesehen.

Fachhochschulen bleibt Deputatserhöhung erspart

Das Kabinett Teufel plant Arbeitszeitverlängerung um eine Stunde für alle Beamten. Auch für Professorinnen und Professoren an Unis, Pädagog., Musik- und Kunst-Hochschulen soll das Lehrdeputat um eine Stunde steigen. Zu den wenigen Ausnahmen gehören die Fachhochschulen, an denen das Deputat unverändert bleiben soll. Zweifellos hat an diesem Erfolg auch der **vhw** durch hartnäckige Forderung nach Deputatsabsenkung auf hochschuladäquaten Standard wesentlichen Anteil.

Novellierung der Lehrverpflichtungsverordnung (LVVO) vertagt

Laut Entwurf wären in Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften Betreuung von Diplomarbeiten nur mit 0,1 Semesterwochenstunden (SWS), Bachelorarbeiten nur mit als symbolisch zu bezeichnenden 0,05 SWS auf das Deputat anzurechnen. Als gemeinsamer Erfolg der ablehnenden Stellungnahmen von **vhw**, **hfb** und Rektorenkonferenz ist die Rücknahme dieser Pläne zu sehen. Das MWK prüft, ob sich beim zweiten Anlauf im Sommer oder Herbst die bisherige Regelung mit pauschal 0,4 SWS für alle Abschlussarbeiten beibehalten lässt. * Vorgesehen ist, dass Weiterbildung als Deputat erbracht werden kann, wenn grundständige Lehrveranstaltungen abgedeckt sind und Weiterbildung kostendeckend finanziert wird. * Multimedia-Aktivitäten können bis zu 25% angerechnet werden (zu unrealistisch niedrigen Zeitvorgaben).



Verband Hochschule und Wissenschaft
Baden-Württemberg e.V.
im Beamtenbund Baden-Württemberg

RUNDSCHREIBEN 3 / 2003
April 2003

Besoldungsreform-Umsetzung: Gespräche II

MinDgt. Keller und RegDir Dr. Messer, MWK-Abteilung IV - Den Hochschulen sollen am 01.01.2005 die 25 % W3-Stellen in einer Tranche zugehen. Über die Besetzung sollen die Fachhochschulen selbst entscheiden. Die Durchschnittsbesoldung soll 60.000,- € betragen. Für Zulagen soll es eine Verordnung geben, welche die Flexibilität der Fachhochschulen maximiert. Insbesondere soll es keine Quotierung der Kategorien von Zulagen geben. Das Hausberufungsverbot für W3-Berufungen sei seitens des Ministers nicht diskussionsfähig. Eine Übergangsregelung für die C2-Professorinnen und -Professoren im Sinne der Forderungen von **vhw** und **hfb** hält das MWK für notwendig. Man werde alles tun, um eine für die Betroffenen akzeptable Übergangsregelung zu entwickeln, die an den Fachhochschulen ohne große bürokratische Hürden umgesetzt werden kann. Es ist die ehrliche Absicht spürbar, eine Lösung zu suchen, welche die Bezeichnung „Vertrauensschutz“ tatsächlich verdient.

CHE-Workshop zur Professorenbesoldung in Mannheim - Das *Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)* übte sich in Zweckoptimismus und betonte die strategischen Gestaltungsmöglichkeiten der Besoldungsreform für die Hochschulen. Von den meisten Workshop-Teilnehmern wurde diese beschönigende Sichtweise nicht geteilt. Die **vhw**-Bundesvorsitzende Platz-Waury forderte für die zu erwartenden Konflikte an den Hochschulen ein Appellationsgremium, mit dem die zu befürchtende große Zahl von Verwaltungsgerichtsverfahren begrenzt werde. Der Vorschlag stieß auf breite positive Resonanz.

Die nächsten Gespräche zur Umsetzung der Professorenbesoldung werden mit der Rektorenkonferenz und dem Beamtenbund Baden-Württemberg geführt. Gesprächstermine sind ferner angefragt bei Finanzminister Stratthaus und Innenminister Schäuble.

vhw und **hfb** werden bei diesem Thema keine Ruhe geben. Faire und akzeptable Übergangsregelungen für die in C2 verbleibenden Professorinnen und Professoren der Fachhochschulen in Baden-Württemberg haben oberste Priorität, nachdem die besoldungssystematische Gleichstellung der Fachhochschulen durch W3-Stellen gesichert ist und mit zügiger Abwicklung der bis 1.1.2005 noch möglichen C3-Berufungen die schwersten Härtefälle entschärft werden.

vhw-Jahresversammlung, Freitag 23. Mai, HT Karlsruhe
9:30 Uhr Diskussionsrunden 14:00 Mitgliederversammlung

Bulmahn und Medien greifen HIS-Studie zum Studienabbruch auf
Ein Viertel der Studierenden brach 2000/01 ab, von Fach zu Fach sehr verschieden, im Schnitt nach 7,6 Semestern, 17 % orientierten sich beruflich neu, 17 % hatten finanzielle Probleme, 16 % fehlte Motivation, 11 % waren überfordert. Nur 8 % nannten problematische Studienbedingungen, doch Min. Bulmahn nutzte dies ein weiteres mal, um Mängel bei den Hochschulen auszumachen. (Heublein et al. www.bmbf.de/pub/ursachen_des_studienabbruchs.pdf und www.bmbf.de/pub/stu-dien-abbruchstudie_2002.pdf)

Kultusministerkonferenz: Neuregelung Hochschulzulassung

Ab WS 2004/05 stehen den Ländern zwei Auswahlverfahren zur Verfügung mit mehr Rechten der Hochschulen.

Rückmeldegebühr bekommt gesetzliche Grundlage

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisher erhobenen Gebühren als verfassungswidrig eingestuft hat, soll eine andere Grundlage geschaffen werden. Über Rückzahlung wird noch verhandelt.

Allg. Deutsch. Fakultätentag fordert Mitsprache bei Akkreditierung

In den Akkreditierungsrat sollten Vertreter des Allg. Deutsch. Fakultätentages berufen werden. Die Fakultätentage sollten Standards formulieren und in Akkreditierungsverfahren einbezogen werden.

Neue KMK-Präsidentin: Karin Wolff CDU

Die hessische Kultusministerin fordert mehr Wettbewerb und Profilbildung sowie gelockertes Kapazitätsrecht und ist dagegen, dass ausländische Hochschulen Abschlüsse an hiesigen Einrichtungen anbieten, die nach deutschem Recht keine Hochschulen sind.

Hessen und Niedersachsen: Neue Wissenschaftsminister

In Wiesbaden übernimmt der bisherige Innenstaatssekretär Udo Corts, in Hannover der Rechtsanwalt Lutz Stratmann, beide CDU.

Quo vadis, Hochschulrektorenkonferenz?

Der neue Präsident, Prof. Dr. Peter Gaetgens (Präs. Freie Uni Berlin) denkt über Aufgaben, Struktur und Ziele der HRK nach, auch über die Beteiligung der Fachhochschulen. (DUZ 5/03). * Der bisherige HRK-Präsident Landfried hält das von Studium bis Organisation umfassend regelnde österreichische Universitäts-Gesetz für einen beachtlichen Reformschritt in Richtung auf autonom agierende Hochschulen.

Wahlen im Wissenschaftsrat

Prof. Dr. Karl Einhüpl, Charité Berlin, wurde als Vorsitzender wiedergewählt. Prof. Dr. Reinhard Hüttel, Techn. Uni Cottbus, übernimmt den Vorsitz der Wissenschaftlichen Kommission.

Rektorwahl an der HGTW Pforzheim

Der bisherige Dekan des Fachbereichs Gestaltung, Prof. Dr.-Ing. Ralph Schieschke, wurde mit deutlicher Mehrheit zum Rektor gewählt.

Der **vhw** gratuliert und hofft auf gute Zusammenarbeit.

Berufung an die Universität Würzburg

Prof. Dr. Klaus Schilling, bisher Prorektor der HTS Ravensburg-Weingarten und Beauftragter Akkreditierung im **vhw**-Landesvorstand, folgt einem Ruf auf einen neuen Lehrstuhl für Technische Informatik.

Der **vhw** beglückwünscht ihn dazu und freut sich, dass er mit dem Landesvorstand weiter zusammenarbeiten will.

Informatik-Professorin der HT Karlsruhe ausgezeichnet

Für ihre wissenschaftliche Forschung in Drittmittelprojekten erhielt Prof. Dr. Britta Nestler die Springorum-Medaille, die Borchers-Plakette und den Friedrich-Wilhelm-Preis von der RWTH Aachen sowie den Richard-von-Mises-Preis der Gesellschaft für Angewandte Mathematik und Mechanik.

Akkreditierungsgagentur ASIIN dem Washington Accord beigetreten

Ob darin eine unerwünschte Bevorzugung liegt, wird der Akkreditierungsrat prüfen, sagt der AR-Vorsitzende H.-U. Erichsen.

Wenig Beteiligung am „best practise“ Wettbewerb des CHE

Die Hochschule Harz und die Uni Mannheim wurden vom *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) aus nur sechs Unis und acht Fachhochschulen ausgewählt. Die Fachhochschule in Werningerode/Halberstadt wurde ausgezeichnet für familiäre Atmosphäre, Internationalität, Ausbildungsqualität, jährliche Studierendenbefragung und Lehrevaluation.

Wissenschaftsrat: Spitzennoten-Inflation - Turner: Titel-Inflation

Auf 300 Seiten analysiert eine Studie die (nicht immer vollständig erfassten) Noten fast aller Fächer und Universitäten. In den Geistes- und einigen Naturwissenschaften gibt es fast nur „sehr gut“ und „gut“. * George Turner, früher HRK-Präsident und Berliner Wissenschaftssenator, wohl-bekannter „Freund“ der Fachhochschulen, beschwert sich und verlangt Angabe der Herkunft des Professorentitels; sein Beispiel dazu „Fachhochschule Posemuckel“. (DUZ 6/03)

Deutscher Hochschulverband (DHV) kann es nicht lassen

Verpackt in die Aufforderung an die Länderminister, die Abschlüsse Bachelor und Master besser verständlich zu machen, verlangt der DHV-Präsident, dass bei jedem Abschluss die Hochschule genannt werden solle. „Wir wollen Vergleichbarkeit, nicht Gleichförmigkeit.“ Das erinnert stark an George Turners Vorschläge und könnte auf einen Master (FH) hinauslaufen. * Weitere Forderungen klingen vernünftig: Berufung der Professoren durch die Hochschule ohne Mitwirken des Ministeriums, Studierendenauswahl nach eigenen Kriterien, Personalverlagerung von Ministerien an Hochschulen, Ermittlung des Finanzbedarfs durch unabhängige Kommission.

vhw-Bundesvorstandssitzung in Fulda

Der erweiterte **vhw**-Bundesvorstand, darunter Landesvorsitzender Lerchenmüller, tagte Ende März in Fulda mit umfangreicher Tagesordnung. Zum Bundesratsbeschluss, den Ländern die Entscheidung über Urlaubsgeld und Sonderzuwendungen (Weihnachtsgeld) zu überlassen, wurde eine Stellungnahme verabschiedet. Auch wurde das anstehende 30-jährige Jubiläum des **vhw** Bund in Berlin vorbereitet..

Der **vhw** warnt davor, eine weitere Sparrunde einzuläuten, die wieder auf ein Sonderopfer für Beamte hinausläuft.

vhw-Landesvorstand tagte in Stuttgart und Nürtingen

Bei den beiden ersten Vorstandssitzungen dieses Jahres im Januar und im März 2003 standen im Mittelpunkt intensiver Diskussionen die Umsetzung der Professorenbesoldung im Land, die Vorbereitungen für die Jahrestagung in Karlsruhe und für das 50-jährige Jubiläum unseres Verbandes, die weitere Entwicklung bei den Bachelor- und Masterstudiengängen sowie die Öffentlichkeitsarbeit des **vhw**.

vhw-Delegiertenkonferenz in Karlsruhe

Die Reform der Professorenbesoldung mit dem Problem der Zukunft der C2-Kollegen, die aufgeschobene Novellierung der Lehrverpflichtungsverordnung, die Vorbereitung der Jahresversammlung und das 50-Jahre-Jubiläum unseres Verbandes, Berichte von **vhw**-Landesvorstand und **vhw**-Verbandsgruppenvorsitzenden füllten den Tag und wurden ausgiebig diskutiert.

vhw-Verbandsgruppen schreiben an MinPräs. Teufel

Die noch fehlende faire Übergangsregelung für unsere C2-Kolleginnen und -Kollegen und das Hausberufungsverbot haben die **vhw**-Verbandsgruppen Biberach und Mannheim veranlasst, dem Ministerpräsidenten in ausführlichen Schreiben die verheerenden Folgen der Professorenbesoldungsreform vor Augen zu führen.

Zu wenig Fachhochschulen

Peter Glotz (SPD, St. Gallen): Grundübel sind überfüllte Unis, zu wenig Fachhochschulen. Er verlangt mehr Bildungsausgaben, flächendeckend Bachelor/Master-Studium, qualifizierte Weiterbildung, Forschungsuniversitäten (wie die ETH Zürich vom Bund getragen), Selbstauswahl der Studierenden durch eine Zulassungsagentur der Hochschule, Studiengebühren. Der real existierende Föderalismus sei wie das Schützengrabensystem des Ersten Weltkriegs.

Selbstauswahlrecht der Hochschulen tückisch für Bewerber/innen

Wegen erheblicher inhaltlicher und organisatorischer Probleme durch das Recht – besser: die Pflicht – der Hochschulen zur Selbstauswahl der Bewerber/innen für 90 % der Studienplätze ist offenbar ein Prozess des Nachdenkens in Gang gekommen. Hinweise von **vhw** und **hfb** bei politischen Gesprächen wurden mit Interesse zur Kenntnis genommen. Besonders wurde registriert, dass wegen notwendiger Anreisen zu jedem einzelnen Auswahlgespräch oder Eignungsfeststellungstest Provinzialisierung der Fachhochschulen droht. Vor allem für EU-Ausländer wirkt sich dies restriktiv aus.

vhw und **hfb** werden die konkreten Folgen der Auswahlverfahren beobachten und bei erkennbaren Fehlentwicklungen erneut bei den Politikerinnen und Politikern vorstellig werden.

Großbritannien: Deutsche Bachelor werden doch anerkannt

Entgegen anderen Zeitungsmeldungen werden Bachelor deutscher Hochschulen unter gleichen Bedingungen zum Masterstudium zugelassen wie britische und die anderer Bologna-Staaten.

Personalchefs schätzen Fachhochschuldiplome

Marktforscher Gallup hat 150 Personalchefs befragt. Ein Viertel legt besonderen Wert auf ein Fachhochschulstudium, nur für ein Achtel ist ein Uni-Abschluss aussagekräftiges Kriterium.

Berufsbegleitendes Erststudium steuerlich abzugsfähig

Der Bundesfinanzhof hat seine Rechtsprechung dahingehend („bei hinreichender beruflicher Veranlassung“) geändert (VI R 137/01).

Hrsg., v.f.d.I.: Verband Hochschule und Wissenschaft Baden-Würt., Landesvorstand, GeschStelle Fon (07022)929-215, Fax 929-216, schilling@fh-nuertingen.de, Redaktion langeheinecke@fh weingarten.de